

# Zwischen Russland und Europa

Die Ukraine fühlt sich von der EU nicht genügend beachtet und sucht deshalb wieder die Nähe Moskaus

Von unserer Korrespondentin  
Ulla Thiede

Sie hat ein großes grünes Tuch lässig um den Kopf geschlungen, die Füße stecken in Flip-Flops, das Sommerkleid ist kurz geraten. Im Arm hält sie einen Strauß aus knallblauen Blumen. Mit wenigen Schritten nimmt die junge Frau die Kirchenstufen und verschwindet im dunklen Innenraum. Über den goldverzierten Kuppeln der Volodimirkathedrale wölbt sich ein strahlend blauer Himmel.

Ein Samstagnachmittag in der ukrainischen Hauptstadt Kiew. Während auf dem sechsspürigen Boulevard Chreschtschatik am Unabhängigkeitsplatz tausende Menschen zu einem Rockkonzert versammelt sind, andere Kiewer sich für die Ballettaufführung in der Oper fertig machen, suchen immer mehr Ukrainer um diese Zeit eine der vielen orthodoxen Kirchen auf. 19 Jahre nach der ukrainischen Unabhängigkeit Staates verzeichnen die Religionsgemeinschaften wieder regen Zulauf.

Wenn Außenminister Kostjantin Hrischtschenko aus seinem Amtssitz, einem neoklassizistischen Prunkbau, nach draußen schaut, fällt sein Blick auf das goldene Kuppelmeer der Michaelkirche. Die Sowjets ließen sie wie so viele andere Gotteshäuser in den 1930er Jahren sprengen, wenn sie sie nicht umwidmeten zu Lagern und ähnlichen profanen Zwecken. Die Stalinisten wollten nicht nur religiöse Aktivitäten unterbinden, sie wollten in den nicht-russischen Sowjetrepubliken auch jeglichen Nationalstolz unterdrücken. Heute erstahlt die Michaelkirche nach dem Wiederaufbau in



Machtbewusst: Präsident Viktor Janukowitsch. FOTO: THIEDE

vollem Glanz, im Jahr 2000 wurde sie erneut geweiht.

Außenminister Hrischtschenko empfängt seine deutschen Besucher an einem Samstag. Der 57-Jährige Karrierediplomat ist als Botschafter der unabhängigen Ukraine im Westen herumgekommen, mit Stationen in den Benelux-Ländern, bei der UNO in New York, in Washington. „Einer der wenigen Lichtblicke in dieser Regierung“, sagt Nico Lange, der die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew ver-



Ukrainische Gewerkschafter protestieren in Kiew gegen ihre schlechten Löhne und hohe Arbeitslosigkeit.

FOTO: PA

tritt. Lange bemängelt, dass die meisten Minister (Frauen gibt es nicht im Kabinett) keine persönlichen Kontakte zu europäischen Politikern hätten. „Die meisten haben kein Verständnis dafür, wie die EU tickt.“

Hrischtschenko spricht immerhin Englisch, er hat eine gewisse Hemdsärmeligkeit, mit Formalitäten hält er sich nicht auf. Die Ukraine, flächenmäßig das größte Land Europas, strebt in die EU. Doch wenn ein Beitritt möglich sein könnte und ob überhaupt, ist völlig offen. Das macht die Ukrainer ungeduldig. Farblich wie das Bühnenbild einer Inszenierung des Kiewer Nationalballetts formuliert es Ministerpräsident Mikola Asarow: „Die EU scheint uns eine wunderschöne Braut zu sein. Wir gelten als aussichtsreicher Bräutigam. Wir möchten gefallen.“ Listig bemerkt er: „Aber die Braut darf auch nicht zu alt werden.“

Sein Außenminister sagt es lieber so: „Wir nehmen die Gelegenheiten wahr, wie sie sich bieten.“ Die Ukraine beschränke sich nicht auf Kontakte zu Europa, die USA und Russland. Im Verhältnis zu China habe man gerade einen „Durchbruch“ erzielt, auch die Länder der arabischen Halbinsel strecken ihre Fühler aus. „Die Ukraine ist wichtig“, betont Hrischtschenko, der am 5. Juli den Besuch von US-Amtskollegin Hillary Clinton erwartet.

Den Satz von der Bedeutung der Ukraine würden im westlichen Teil Europas nur wenige unterschreiben. „Sie hat ein begrenztes Eigengewicht“, bemerkt ein deutscher Diplomat nüchtern. An-

derserseits gilt auch das: Deutschland wisse gar nicht genau, was es für Interessen in der Ukraine habe, meint etwa der Mann von der Adenauer-Stiftung.

Russland hingegen, der große Nachbar im Norden, weiß genau, was es will: Die Ukraine ist ein an Bodenschätzen reiches Land, die Erde ist fruchtbar, die Luft- und Raumfahrtindustrie hat sich über die Sowjetzeit hinaus gerettet. Trägerraketen exportiert das Land bis in die USA. Die Kehrseite sind gigantische Umweltschäden durch die Schwerindustrie, Sicherheitsprobleme bei technischen Anlagen, fehlende Gelder, um notwendige Modernisierungen voranzutreiben. Die Bevölkerung von heute 46 Millionen Menschen schrumpft seit Jahren - als Folge einer niedrigen Lebenserwartung und geringer Geburtenzahl.

Viele Ukrainer wandern ins Ausland ab, weil sie keine Perspektive sehen. Mehr als ein Viertel der Einwohner lebt unterhalb der Armutsgrenze. Überdimensionale Plakate in Kiew werben für Hollywoodfilme. Aber eine Kinokarte kostet umgerechnet 3,50 Euro. Das können sich das die wenigsten Ukrainer leisten.

Misstrauisch beugt der Westen, wie sich das russisch-ukrainische Verhältnis seit der Amtsübernahme von Präsident Viktor Janukowitsch im März entwickelt. Janukowitsch stammt aus dem Osten des Landes, wo die Menschen meist Russisch sprechen, obwohl sich das Ukrainische mehr und mehr durchsetzt. Er bezeichnet die Partnerschaft mit Russland als „strategisch“. Man sieht sich in gewisser wirtschaftlicher Abhängigkeit. Im Mai wurde ein Ab-



kommen geschlossen, das Russlands Schwarzmeerflotte die Stützpunkte auf der ukrainischen Krim bis mindestens 2042 sichert. Im Gegenzug erhielt die ukrainische Führung einen Rabatt auf die russischen Gaslieferungen. Eine NATO-Mitgliedschaft strebt Kiew vorerst nicht mehr an, weil die Mehrheit der Bevölkerung dies nicht wünsche, sagt Janukowitsch.

Auch Julia Timoschenko, die Ikone der „Orangen Revolution“ von 2004 und Mitbewerberin um das höchste Staatsamt, hatte im Wahlkampf für eine Annäherung an Russland geworben.

Die „Orange Revolution“, die den pro-westlichen Viktor Juschtschenko ins Präsidentenamt hob, brachte zwar Demokratie und Pressefreiheit im Land voran - zu einer Stabilisierung der demokratischen Institutionen führte der

Aufstand nicht. Juschtschenkos Amtszeit war chaotisch. Janukowitschs Wahl sei deshalb vor allem eine Abwahl seines Vorgängers gewesen, sagt der Kiewer Politikberater Semeni Oleksi. Die Menschen hofften auf einen starken Staat und stabile Verhältnisse. Die hat Janukowitsch, der als jähzornig und wenig charismatisch gilt, durch zweifelhafte Methoden erreicht. In den meisten Regionen setzte er eigene Leute an die Spitze, im Parlament kam unter Beteiligung seiner „Partei der Regionen“ eine Koalition zustande, die nur durch das Hinüberwechseln von einzelnen Abgeordneten aus den Oppositionsfraktionen eine Mehrheit erringen konnte.

Die Ukrainer wissen grundsätzlich, welche Aufgaben sie erledigen müssen: die Korruption bekämpfen, die Folgen der globalen Wirtschaftskrise bewältigen, die sie weitaus schwerer traf als an-

dere Länder, die Infrastruktur modernisieren, das Rentensystem durchgreifend reformieren. Stiftungs-Vertreter Lange ist skeptisch, was die Ankündigungen der neuen Führung nach den ersten hundert Tagen im Amt betrifft. Er spricht von bloßer „Reformrhetorik“. Andere westliche Beobachter sind nachsichtiger. Sie sagen, man dürfe nicht zu viel vom politischen Personal erwarten, das demokratische Strukturen erst seit zwei Jahrzehnten erprobt.

Die Ukraine war bereits nach dem Ersten Weltkrieg nach kurzer zweijähriger Unabhängigkeit Teil der Sowjetunion geworden, nicht erst wie die anderen osteuropäischen Staaten als Folge des Zweiten Weltkriegs. Millionen Ukrainer verhungerten in den 1930er Jahren unter Stalin. So schließt der Politologe Andreas Umland von der Universität Eichstätt immerhin eine „autoritäre Regression“ wie in Russland oder Belarus aus. Und Gerd Simon, Bonner Politikwissenschaftler, konstatiert: Eine Rückkehr zu Russland würden die Oligarchen und nationalen Eliten zu verhindern wissen.

In der Volodimirkathedrale im Herzen Kiews sind die Besucher geblendet von den bunten Mosaiken, den Ikonen, prächtigen Leuchtern und den golddurchwirkten Gewändern der Priester und Ministranten. Von der Empore erklingt vielstimmiger Chorgesang, die Luft ist schwer vom Duft des Weihrauchs. Ein kleiner Junge läuft zwischen den Gläubigen umher. Vielleicht wird sein Land ihm in 15 Jahren mehr Chancen bieten können als heute.

## EM-Vorbereitungen im Verzug

Es soll für die Ukraine der größte sportliche Auftritt seit Erreichen der staatlichen Unabhängigkeit sein: die Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft in zwei Jahren gemeinsam mit dem westlichen Nachbarn Polen. In vier ukrainischen Städten sollen Spiele ausgetragen werden: Neben der Hauptstadt Kiew sind EM-Partien in Donezk, Charkow und in Lemberg vorgesehen. Doch die Vorbereitung auf das Fußball-Großereignis laufen schlecht.

Als der französische UEFA-Präsident Michel Platini im April die Stadion-Baustellen bereite, war er von den Fortschritten alles andere als begeistert. Platinis Unzufriedenheit gipfelte in einem Ultima-

tum an das Ausrichterland. „Wir können keine Zeit mehr verlieren. Die Ukraine hat zwei Monate Zeit, deutliche Fortschritte zu zeigen.“ Präsident Janukowitsch versprach umgehend Besserung und garantierte dem Fußball-Boss die rechtzeitige Fertigstellung der Anlagen. In Polen läuft dagegen alles nach Plan.

Im Raum steht die Drohung der UEFA, der Ukraine alle oder einen Teil der EM-Spiele zu entziehen. Mitte Juni, zwei Jahre vor dem EM-Anpfiff, konnten die Organisatoren wenigstens einen Erfolg melden: In Kiew, Charkow, Donetsk und Lemberg brachten sie Blumenbeete mit dem offiziellen Logo der Euro 2012 zum Blühen. pfu



Wiedergeburt der Kirche: Eine Gläubige zündet zum orthodoxen Osterfest in der Volodimirkathedrale in Kiew Kerzen an. FOTO: PA

## Bedrohte Meinungsfreiheit

Seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Viktor Janukowitsch im Februar sorgen sich Journalisten um die Pressefreiheit in der Ukraine. Westliche Korrespondenten berichten, dass ukrainische Medienvertreter unlängst von Geheimdienstmitarbeitern wegen ihrer Kontakte zu ausländischen Journalisten angesprochen worden seien.

Die Reporter sollen über frühere Haftstrafen des Präsidenten wegen Körperverletzung geschrieben haben. Andere Medienexperten in der Ukraine berichten über eine sich verbreitende Selbstzensur der privaten Fernsehsender. Auch soll die Opposition weniger Auftrittsmöglichkeiten im Fernsehen ha-

ben. Fragt man Janukowitsch selbst, antwortet er ausweichend - und zeigt sich erleichtert, wenn das Gespräch auf andere Themen gelenkt wird.

Für Unmut auf deutscher Seite sorgte diese Woche der Zwangsaufenthalt des Leiters der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew, Nico Lange, auf dem Flughafen der Hauptstadt. Bei der Einreise am vergangenen Samstag wurde er acht Stunden lang von den Behörden festgehalten. Lange hatte die neue ukrainische Führung wiederholt öffentlich kritisiert. Am Mittwoch bestellte das Auswärtige Amt in Berlin den Geschäftsträger der ukrainischen Botschaft deshalb ein. ut